



WANN WIRD ENDLICH AUFGEKLÄRT?

Rechter Terror in Neukölln

Seite 3



HARTZ IV HAT KEINE ZUKUNFT

Wir brauchen einen Neustart

Seite 4



KOHLEAUSSTIEG BIS 2030

Berlin als Vorbild

Seite 7



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 187, Ausgabe II/2019

KIEZLÄDEN IN GEFAHR

Was tun gegen Wucher bei Gewerbemieten?



Foto: gruene.de

INHALT

Frauen besser vor Gewalt schützen *Seite 2*

Y-Radschnellweg umsetzen *Seite 4*

Zero Waste *Seite 5*

Niemand soll erfrieren *Seite 7*

Kohleausstieg bis 2030 *Seite 7*

Neukölln mitgestalten *Seite 8*

Eine gelebte Utopie *Seite 9*

Grünes Urgestein geht *Seite 10*

Termine *Seite 11*

„Bitte um Unterstützung: Unserem Kinderladen wurde der Mietvertrag gekündigt“ beginnt der Hilferuf. E-Mails oder Telefonate mit ähnlichem Inhalt sind leider längst keine Seltenheit mehr bei mir im Büro. Dabei trifft es nicht nur soziale Einrichtungen: Bäckereien sind genauso betroffen wie Handwerksbetriebe, Künstler*innen wie Kiezknepfen, Arztpraxen wie Änderungsschneidereien.

In den vergangenen Jahren sind nicht nur die Mieten für Wohnungen in Neukölln dramatisch gestiegen, sondern auch die Preise für Gewerberäume, für das Ladengeschäft im Erdgeschoss. Genaue Zahlen gibt es leider nicht, denn ein Mietspiegel wie für Wohnungen existiert bisher für Gewerberäume nicht. Ein Trend ist aber deutlich erkennbar: während die durchschnittlichen Mieten etwa auf der Karl-Marx-Straße in den letzten zehn Jahren zurückgegangen sind, haben sie sich in den

gentrifizierten Wohnkiesen im Norden vervielfacht. Diese Mietpreise stellen gerade jene Einrichtungen und Läden vor große Probleme, die für die lokale Bevölkerung besonders wichtig sind: Kitas, Physiotherapiepraxen und Beratungsangebote. Aber es trifft eben auch diejenigen Läden, die teilweise seit Jahren im Kiez verankert sind und es nicht auf maximale Rendite abgesehen haben. Wenn sie denn überhaupt einen neuen Mietvertrag angeboten bekommen. Der Eigentümer des Syndikats etwa, der linken Kneipe im Schillerkiez, verweigert Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung komplett.

KEIN SCHUTZ BEI MIETERHÖHUNGEN

Das alles geht, weil es für Gewerbe keinerlei Schutz vor Kündigung oder drastischen Mieterhöhungen gibt – wie er für Wohnungen besteht.

Fortsetzung auf Seite 2



ALLES GRÜN?

Glaut man den Medien und zahlreichen Umfragen, dann ist fast jede und jeder in Deutschland grün. Greta Thunberg ist in aller Munde - und insbesondere für jüngere Menschen stellt die Klimakrise die größte Herausforderung dar. Das zeigt Wirkung. Sogar die duselige Bundesregierung hat ein fast 200 Seiten starkes Klimaschutzprogramm vorgelegt. Ist jetzt etwa alles im grünen Bereich?

Unsere Antwort lautet ganz klar: Nein! Grün wird alles erst, wenn es spürbare Veränderungen gibt. Stinkende Autos weg von der Straße, auf jedes neue Dach eine Solaranlage, Schluss mit dem Plastikwahn und so weiter. Radikal handeln, statt radikal daherreden. Das ist das Gebot der Stunde.

Vieles tut sich – gerade auch in Berlin, wo Grün mitregiert. Doch jeder ökologische Fortschritt muss immer noch hart erkämpft werden – vom Klimanotstand über die Solarpflicht für Neubauten bis zum Bau sicherer Fahrradwege. Lassen wir uns also nicht einlullen, sondern handeln wir.

Lasst uns Fahrrad, Busse und Bahnen nutzen sowie die Kraft der Sonne. Kaufen wir ökologisch und fair ein. Meiden wir Fleisch, Plastik und Verpackungsmüll. Und fordern wir von allen in der Politik ein, Gesetze zu machen, die uns unterstützen und die Umwelt schützen. Laut, noch lauter, unüberhörbar – bis sich wirklich was ändert.

Die Stachel-Redaktion

KIEZLÄDEN IN GEFAHR

Was tun gegen Wucher bei Gewerbemieten?

Fortsetzung von Seite 1

Darf dort die Miete innerhalb von drei Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden, gilt bei Gewerbe dagegen Vertragsfreiheit. Endet die vereinbarte Vertragslaufzeit, werden die Karten komplett neu gemischt – und die Vermieter*innen haben meist die Trümpfe in der Hand. Die Änderung der lokalen Infrastruktur hat direkte Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen. Um die Mieten zu erwirtschaften, werden höhere Preise aufgerufen und andere Zielgruppen angesprochen. Zunehmend werden Ladenlokale auch in Ferienwohnungen umgewandelt. Anders als bei der Zweckentfremdung von Wohnraum ist das legal. Dass manche sich inzwischen in ih-

ren eigenen Kiezen fremd fühlen, hat viel damit zu tun. Nichts prägt das Gesicht eines Kiezes so wie die Läden, die es dort gibt.

DER BEZIRK KANN KAUM HANDELN

Auf Bezirks- und Landesebene lässt sich dagegen kaum etwas ausrichten. Einen Milieuschutz für Gewerbe gibt es bisher nicht. Mit politischer Einmischung ist es zwar das ein oder andere Mal gelungen, doch noch neue Mietverträge auszuhandeln. Wo jedoch die Häuser luxemburgischen Briefkastenfirmen gehören, laufen solche Versuche meist ins Leere. Immerhin ist es dem Bezirk beim Verkauf eines Hauses in der Schönefelder Straße kürzlich gelungen, die Existenz von zwei Kinderläden

zu sichern. Andere haben da weniger Glück – und neue bezahlbare Räumlichkeiten sind kaum zu finden. Für kleine Selbstständige wird das schnell zur Existenzfrage. Im Reuterkiez soll auf grüne Initiative die Zunahme neuer gastronomischer Einrichtungen gestoppt werden. Denn diese sind oftmals in der Lage, höhere Mieten zu bezahlen als kleine Kiezversorger. Schon heute existieren hier mehr Kneipen, Restaurants und Bars als von den Bewohner*innen benötigt werden. Bei jedem neuen Antrag wird jetzt geprüft, ob die Genehmigung verweigert werden kann.

DIE BUNDESREGIERUNG MACHT NICHTS

Berlin hat im letzten Jahr eine Entschließung des Bundesrates ini-

tiert, um kleine Läden besser zu schützen. Diese wurde inzwischen vom Bundesrat in geänderter Form beschlossen. Der Ball liegt jetzt bei der Bundesregierung. Lokal müssen wir weiter öffentlich Druck machen, um lebenswerte Kieze zu erhalten und gesetzliche Veränderungen durchzusetzen.



Jochen Biedermann,
Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales
und Bürgerdienste in
Neukölln

Weiter zum Thema:
„Kiezläden in Gefahr“ auf S. 10,
Drei Fragen an ... Nadia Massi

FRAUEN BESSER VOR GEWALT SCHÜTZEN

Europäisches Abkommen in Neukölln umsetzen



Auch in Neukölln sind viele Frauen von Gewalt bedroht
Foto: Pixabay

Im Jahr 2018 ist in Deutschland die Istanbul-Konvention in Kraft getreten. Das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ ist das erste europäische, völkerrechtlich verbindliche Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Berlin und Neukölln machen sich nun im Rah-

men des neuen Doppelhaushalts 2020/21 an die Umsetzung.

R2G STATTET BERATUNGSSTELLEN BESSER AUS

In Berlin wollen wir eine Koordinierungsstelle einrichten, die die Umsetzung der Konventionen überwacht. In den aktuellen Haushaltsverhandlungen konnten wir bereits erreichen, dass die Onlineberatung

SIBEL des Vereins Papatya für Betroffene von Zwangsverheiratung erhalten bleibt. Auch andere Projekte und Beratungsstellen konnten besser ausgestattet werden. Zudem wird es weitere Zufluchtswohnungen und Frauenhausplätze geben. Außerdem wird zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

BESSERE AUSSTATTUNG DER HILFSEINRICHTUNGEN

Auch in Neukölln stehen wir vor der Aufgabe, die Frauenberatungsstellen besser auszustatten. Um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten, müssen wir die Fraueninfrastruktur vor allem in Südneukölln ausbauen. Doch auch bereits bestehende Beratungsstellen müssen besser ausgestattet werden. Mitarbeiterinnen müssen angemessen bezahlt werden, es braucht zusätzliche Stellen für Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit. Um einen niedrigschwelligen Zugang zu diesen Einrichtungen zu gewährleisten, brauchen wir mehr Sprach- und Kulturvermittlung sowie Barrierefreiheit in den Einrichtungen. Darüber hinaus müssen

wir Angebote zur Täter*innenarbeit, etwa Präventionsmaßnahmen für gewalttätige Menschen, sowie zur Sensibilisierung für Gewalt gegen Jungen, Männer, Trans- und Interpersonen schaffen.

VOLLUMFÄNGLICHE FINANZIERUNG NOTWENDIG

Für eine angemessene Umsetzung der Konvention müssen wir zukünftig mehr Mittel in die Hand nehmen. Wir müssen eine langfristige, fallunabhängige und vollumfängliche Finanzierung der Hilfseinrichtungen schaffen, damit von Gewalt betroffene Frauen in Berlin die Hilfe erhalten, die sie benötigen.



Anja Kofbinger MdB,
Sprecherin für
Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik

WANN WIRD ENDLICH AUFGEKLÄRT?

Rechter Terror in Neukölln



Grüner Protest gegen Rechts, Foto: privat

Neukölln wurde in den vergangenen Jahren von einer Anschlagsserie auf antifaschistisch Engagierte erschüttert. Seit Mai 2016 zählte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) 55 Anschläge, darunter 16 Brandanschläge (siehe Chronik). Schon früh solidarisierten sich viele Neuköllner*innen mit den Betroffenen und setzten mit Kundgebungen ein Zeichen gegen rechte Gewalt.

BEHÖRDEN WARNTEN OPFER NICHT

Doch polizeiliche Ermittlungserfolge blieben bisher aus. Einzig zwei Hausdurchsuchungen im Frühjahr 2018 waren öffentlich wahrnehmbar. Stattdessen kam ans Licht, dass der Verfassungsschutz bereits vor dem Brandanschlag auf den Linken-Politiker Ferat Kocak im Februar 2018 wusste, dass die Tatverdächtigen einen Anschlag planten und das Opfer im Vorfeld bis nach Hause verfolgten. Gewarnt wurde Ferat Kocak aber nicht. Der Brand griff auf das Wohnhaus der Familie über und nur durch Glück kamen keine Menschen zu Schaden.

Das Vertrauen der Betroffenen in die Ermittlungsbehörden ist längst erschüttert. Denn schon seit Mai demonstrieren jeden Donnerstag vor dem Landeskriminalamt Menschen, die Opfer rechter Straftaten geworden sind, und Bürger*innen, die nicht verstehen können, warum es seit Jahren nicht einen einzigen Ermittlungserfolg gegen bekannte Rechtsextremisten in Neukölln gibt. Auf Verständnis trafen sie dort nicht. Im Gegenteil: „Ihr solltet euch schämen“, kommentierte ein LKA-Beamter die Aktionen der Demons-

trant*innen. Sie fordern bis heute eine Übernahme der Ermittlungen durch die Generalbundesanwaltschaft und eine Einstufung als Terror. Zudem soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss den Umgang von Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden mit dem rechten Terror untersuchen. Diese Forderung wird auch von den Grünen Neukölln unterstützt. Die Grüne Abgeordnetenhausfraktion hat zuletzt vorgeschlagen, eine*n Sonderermittler*in zur Anschlagsserie einzusetzen.

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN?

Ein erster richtiger Schritt ist die Ankündigung der Staatsanwaltschaft, in einer neuen Abteilung alle Ermittlungen gegen rechtsextreme Gefährder zu bündeln, um rechtsextreme Strukturen effizienter zu bekämpfen. Die neue Ermittlungsgruppe „BAO Fokus“ beim Landeskriminalamt (LKA) kann hingegen bisher noch nicht überzeugen. Die zugesagte Hinzuziehung neuer Ermittler*innen ist bislang nicht erfolgt. Damit entsteht der Eindruck, dass nur ein neuer Name ohne Änderungen der Struktur geschaffen wurde.

Die Betroffenen haben lange genug auf Ermittlungserfolge und darauf gewartet, dass die Verantwortlichen für die Anschlagsserie zur Rechenschaft gezogen werden!



André Schulze,
Mitglied der Grünen
Fraktion in der Be-
zirksverordnetenver-
sammlung Neukölln

CHRONIK DER BRANDANSCHLÄGE:

15. Mai 2016

Versuchte Brandstiftung auf den links-queeren Wagenplatz „Kanal“ in der Kieffholzstraße.

6. Juni 2016

Brandanschlag auf das Auto einer zivilgesellschaftlich engagierten Person in Rudow.

27. Juni 2016

Brandanschlag auf das Auto eines Neuköllner SPD-Bezirksverordneten.

15. Oktober 2016

Brandanschlag auf das Auto der Geschäftsführerin des Anton-Schmaus-Hauses in Rudow.

12. Dezember 2016

An einem linken Café-Kollektiv in Nordneukölln wird ein Brandsatz gelegt.

14. Januar 2017

Brandanschlag auf das Auto einer Neuköllner SPD-Bezirksverordneten in Britz.

23. Januar 2017

Brandanschlag auf das Auto des Inhabers einer Buchhandlung in Rudow.

Brandanschlag auf das Auto eines antifaschistisch engagierten Gewerkschafters in Britz.

9. Februar 2017

Brandanschlag auf das Auto einer Neuköllnerin, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert.

3. Mai 2017

Brandanschlag auf das Auto einer Neuköllner Familie, die sich für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus engagiert.

11. Juli 2017

Brandanschlag auf das Auto einer SPD-Bezirksverordneten.

Brandanschlag auf das Auto einer Person, die sich im Bezirk gegen Rechts engagiert.

1. Februar 2018

Erneuter Brandanschlag auf das Auto eines Inhabers einer Buchhandlung in Rudow.

Brandanschlag auf das Auto eines Linken-Politikers.

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Sachbeschädigungen und Bedrohungen mit Graffiti.

Eine Übersicht zu allen Anschlägen findet sich unter:

www.mbr-berlin.de/aktuelles/ueberblick-zur-rechtsextremen-anschlagsserie-in-neukoelln/
www.buendnis-neukoelln.de/2017rechter-terror-in-neukoelln/

HARTZ IV HAT KEINE ZUKUNFT

Nach Urteil zu Hartz IV: Wir brauchen einen Neustart für echte Unterstützung und ein Leben ohne Angst

Menschen haben eine Perspektive verdient und wir sind der Überzeugung, Menschen suchen danach. Die Arbeitslosenquote in Neukölln liegt bei 12 Prozent, knapp 16.000 Menschen beziehen Hartz IV. Diesen Menschen wollen wir Wege öffnen – mit den derzeitigen Instrumenten hat das offensichtlich nicht funktioniert. Über 5.000 Menschen in Neukölln sind langzeitarbeitslos, d.h. seit mindestens einem Jahr ohne Job, häufig auch viel länger. Härte und Sanktionen helfen diesen Menschen nicht, genauso wenig wie den vielen kreativen Unternehmer*innen und Kulturschaffenden, die kurzfristig Hartz IV beziehen, aber eigentlich nur ein wenig Zeit brauchen, um das nächste Projekt zu finden. Hinzu kommt: Sanktionen

treffen oft Leistungsempfänger*innen mit psychischen Problemen, die nicht in der Lage sind, Auflagen der Jobcenter zu erfüllen.

Bundesweit wurden im Jahr 2018 über 900.000 Sanktionen verhängt – fast 700.000 davon, weil Menschen Termine verpasst haben. Die Konsequenzen sind verheerend für die Menschen, und für Neukölln rechnet es sich auch nicht. Wenn Menschen ihre Wohnung verlieren, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können, muss sie der Bezirk für tausende von Euro in Notunterkünften unterbringen.

WEG MIT DEN SANKTIONEN

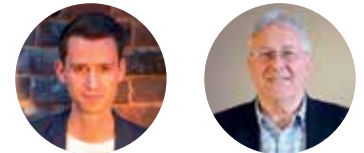
Das Bundesverfassungsgericht hat Hartz IV in Teilen für verfassungswidrig erklärt und wir müssen

anerkennen, Hartz IV löst die Probleme nicht. Darum treten wir für einen neuen Weg ein. Wir wollen die Sanktionen abschaffen und setzen auf Motivation und Unterstützung. Die volle Kraft der Mitarbeitenden im Jobcenter soll auf Vermittlung, Sozialberatung, Weiterbildung, Sprachförderung oder die Vergabe von Gründungszuschüssen gerichtet werden.

Außerdem wollen wir, dass Menschen mehr Geld hinzu verdienen können. Heute müssen zusätzliche Einkommen zu 80 bis 100 Prozent abgegeben werden. Das ist kein Anreiz, im Gegenteil. Um voran zu kommen, brauchen wir einen neuen Ansatz – Hartz IV hat keine Zukunft.

Im Bezirksparlament haben wir uns im August dafür eingesetzt, im

Rahmen eines zweijährigen Pilotprojektes in Neukölln auf Sanktionen zu verzichten. Leider hat das Parlament dies mit Mehrheit abgelehnt. Wir bleiben dran – im Bezirk genau wie bei den gesetzlichen Veränderungen auf Bundesebene.



Andreas Audretsch, Mitglied des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Bernd Szczepanski, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

Y-RADSCHNELLWEG UMSETZEN

AG Südneukölln fordert attraktive und schnell machbare Streckenführung

Die zentrale Radwegeplanungsagentur des Senats, die InfraVelo GmbH, plant im Süden Neuköllns die Radschnellverbindung „Y-Trasse“. Bis zu vier Meter breit soll sie ohne Zwischenstopps vom Radweg am Teltowkanal bis zum Südsterne führen. Mehrere Trassenvarianten werden zurzeit geprüft (s. nebenstehende Karte).

MOBILITÄTSWENDE PER RAD

Die AG Südneukölln des KV Neukölln begrüßt das Projekt als Meilenstein für die Mobilitätswende. Wir fordern allerdings darüber hinaus ein ergänzendes Netz an bezirklichen Fahrradroutes, etwa den Ausbau der Radroute „TR 3“ und die Schaffung sicherer Radwege an der Blaschkoallee, der Johannisthaller Chaussee und der Stubenrauchstraße bzw. dem Zwickauer Damm.

Die AG Südneukölln hat sich mit der Streckenführung der „Y-Trasse“ intensiv beschäftigt, ist die Varianten abgeradelt und spricht sich für eine Wegführung aus vom Mauerweg an der A113 über Haarlemer-, Franz-Körner- und Rungiusstraße zum Carl-Weder-Park, dann durch den Grünzug südlich des Emauskirchhofs über die Eschershei-

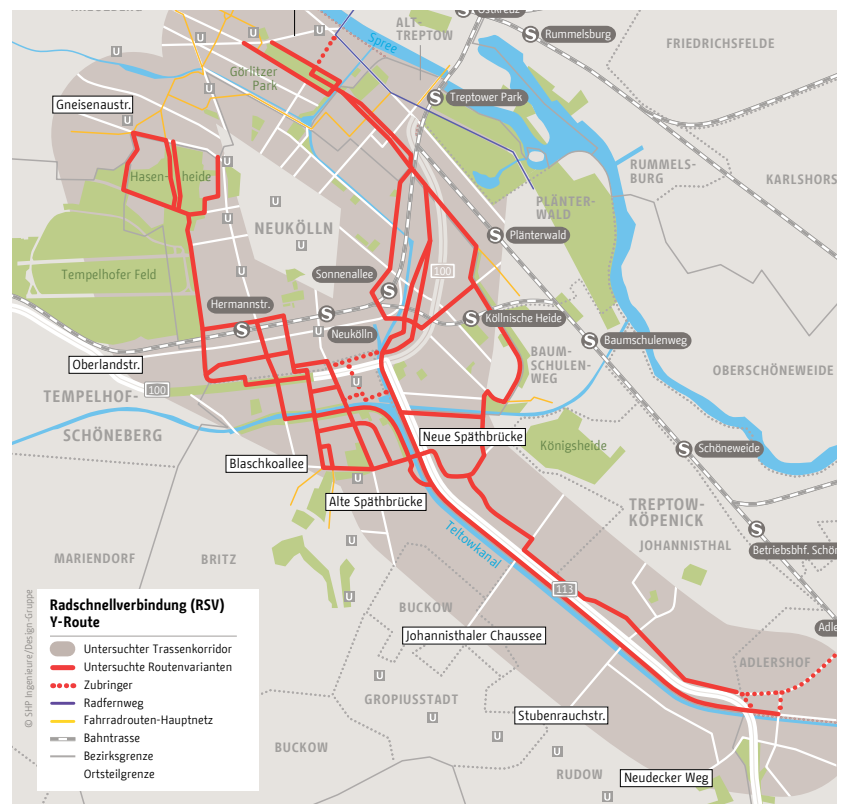
mer- und die Oderstraße am Tempelhofer Feld.

BÄUME SCHÜTZEN, SICHERHEIT SCHAFFEN

Der Vorschlag der AG Südneukölln weicht aus guten Gründen von der bisherigen Vorzugstrasse der InfraVelo GmbH ab, die über Delfter Ufer, Benda- und Emser Straße führt. Wie möchten die stark von Auto- und BVG-Verkehr befahrene Emser Straße meiden. Außerdem kann der Baumbestand am Delfter Ufer erhalten und die Grünanlage von Fußgänger*innen weiter gefahrlos genutzt werden. Problematisch ist zudem, dass der schmale Weg entlang des Columbiadamms sich ohne Eingriff in den Baumbestand bzw. angrenzende Grundstücke kaum auf Schnellwegformat verbreitern lässt.

ES BRAUCHT MEHR

Um die neue Radschnellverbindung attraktiv und sicher zu gestalten, sind aus unserer Sicht begleitende Maßnahmen notwendig. So sollte die „Alte Späthbrücke“ für den Radverkehr geöffnet und die Haarlemer Straße ab Späthstraße in Richtung Buschkrugallee zum Fahrradweg in beide Richtungen umgebaut werden.



Die Franz-Körner-Straße sollte zur Fahrradstraße werden, ebenso die Oderstraße ab Leinestraße. Der Radweg im Carl-Weder-Park müsste über den Britzer Damm weitergeführt werden. Außerdem sind die Kreuzungen Gottlieb-Dunkel-Straße/Mariendorfer Weg und

Oberland-/Silbersteinstraße für die sichere Querung durch Fahrradfahrer*innen umzubauen.



Michael Sydow, AG Südneukölln

ZERO WASTE

Teil 1: Tipps für den Einkauf, für unterwegs und im Büro

„Wir brauchen nicht eine Handvoll Leute, die Zero Waste perfekt umsetzen. Wir brauchen Millionen von Menschen, die es unperfekt machen!“

Anne Marie Bonneau
(Instagram: @zerowastechef)

EINKAUFEN

1. Produkte in Mehrweggläsern und -flaschen statt in Plastikgefäßen kaufen.
2. Schon beim Einkauf darauf achten, keine mehrfach verpackten Produkte mitzunehmen.
3. Beim Bäcker auf die Tüte verzichten, wenn das Gebäck sofort gegessen wird.
4. Kassenbeleg nicht ausdrucken lassen, wenn man ihn nicht benötigt.
5. Obst und Gemüse lose kaufen statt abgepackt.
6. Eigene Stoffbeutel und Kisten für den Transport von Supermarkt-Waren mitnehmen.
7. Getränke in Pfand- statt in Einwegflaschen kaufen.
8. Einwegflaschen weiterverwenden, z.B. beim nächsten Einkauf in einem Unverpackt-Laden.

UNTERWEGS

1. Getränk ohne Strohalm bestellen.
2. Eigenes Gefäß für Take-Away-Gerichte mitbringen, z.B. auslaufsichere Edelstahlgefäße, Schraubgläser oder Bügelflaschen.
3. Coffee to go in den eigenen Becher füllen lassen. Oft gibt es dafür sogar Rabatt.
4. Eigene Wasserflasche auffüllen.
5. Eigenes Besteck und Mehrweg-Trinkhalm dabeihaben.
6. Stückseife und Shampoo-Bars statt der Flüssig-Varianten verwenden. Hilft auch, Mikroplastik zu vermeiden.

BÜRO

1. Papier sparen: Weniger drucken – und wenn schon, dann doppelseitig oder auf Rückseiten.
2. Kugelschreiberminen wechseln, statt Einweg-Kulis zu verwenden.
3. Bleistift verwenden statt Kugelschreiber.
4. Schreibtischutensilien aus Plastik ersetzen durch Produkte aus Metall oder Holz.
5. Gepolsterte Briefumschläge aufheben und mehrfach verwenden.
6. Alte Briefumschläge als Schmierpapier nutzen.
7. Paketverpackung mehrfach verwenden.

HIER LASSEN SICH IN NEUKÖLLN UNNÖTIGE VERPACKUNGEN VERMEIDEN:

Dr. Pogo, Karl-Marx-Platz 24,
www.veganladen-kollektiv.net

Biosphäre, Weserstraße 212

Kugu Kuruyemis Nussrösterei, Kottbusser Damm 13, www.kugu-nussroesterei.de

Balera Weinhandlung, Karl-Marx-Platz 6,
www.baleraweine.com

Repair Café Neukölln, Nogatstraße 31,
repaircafe@nbh-neukoelln.de

Trial and Error Tauschladen, Braunschweiger Straße 80, www.trial-error.org

Plantage Gemüsebox, von der Genossenschaft Plantage, www.plantage.farm

Quelle: www.smarticular.net/zero-waste-tipps-im-alltag-muellvermeidung/
Copyright © smarticular.net

WILLKOMMEN IN NEUKÖLLN

Interview mit dem Prinzessinnengarten Kollektiv Berlin



DEN PRINZESSINNENGARTEN KENNT MAN EIGENTLICH AUS KREUZBERG – WARUM GIBT ES DIESEN NUN AUCH IN NEUKÖLLN? IST DAS KONZEPT DASSELBE?

Ja und Nein. Wir ziehen als Organisation, die den Prinzessinnengarten in Kreuzberg gegründet und jetzt zehn Jahre betrieben hat, nach Neukölln. Das tun wir vor allem, um wieder

näher an der ursprünglichen Idee arbeiten zu können und den Gemeinschaftsgarten in den Vordergrund zu stellen. Allerdings ist die Fläche eine ganz andere: größer, ökologisch wertvoller und mit einer sehr langen Perspektive, sodass wir beispielsweise in der Umweltbildung Möglichkeiten hinzugewinnen und insgesamt langfristiger denken können. Kurz gesagt: mehr Gemeinschaftsgarten und Umweltbildung, dafür ein bisschen weniger Biergarten.

WAS WIRD GENAU ANGEBAUT? WERDEN DIE PRODUKTE VON EUCH SELBST VERWERTET UND/ODER VERKAUFT?

Bislang gab es am Moritzplatz die Nutzung durch unsere Küche, den Verkauf an Gäste und Menschen, die mitgemacht haben. Auf der neuen Fläche wird die Ernte allerdings

so viel mehr Erträge bringen, dass wir überlegen, einen Wochenmarkt zu gründen oder eine Mini-SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft, Anm. d. Redaktion) mit einer nachbarschaftlichen Gemüsebox aufzubauen.

INWIEFERN SEHT IHR BEI EUCH EINEN BILDUNGS-AUFTRAG, DEN BEWOHNER*INNEN VON BERLIN DEN BEZUG ZUM GÄRTNERN UND FRISCHEN LEBENSMITTELN NÄHER ZU BRINGEN?

Das ist im Grunde der Zweck des Gartens. Allerdings geht es darüber hinaus zwangsläufig auch um politische Themen wie Boden- und Klimapolitik, Agrarwende etc. Unser Ziel ist es, einen Ort zu schaffen, an dem das lokale Handeln gemeinsam erfahrbar wird. Das Prinzessinnengarten Kollektiv Berlin betreibt zudem selbstfinanziert und selbst-

organisiert offene Lernorte. In Workshops, Gartenarbeitstagen und Projekten mit Kindergärten und Schulen engagieren wir uns für Umwelt- und Naturschutz, mehr urbane Gärten, ökologischen Anbau und gesunde Ernährung – ab Ende 2019 auf dem Neuen St. Jacobi Friedhof, Hermannstr. 99–105.



Fotos: Kathleen Gust

DAS BISSCHEN HAUSHALT ...

Investieren, konsolidieren, ökologisieren: Schlaglicht auf die Pläne für den Landeshaushalt 2020/21

Es ist wieder einmal so weit: Seit dem Ende der Sommerferien diskutiert das Abgeordnetenhaus in zahllosen Sitzungen über den Berliner Landeshaushalt für die Jahre 2020 und 2021. Der finale Beschluss soll Mitte Dezember erfolgen. Das sogenannte Budgetrecht gehört zu den wichtigsten eines Parlaments. Die Fachabgeordneten und die Haushaltspolitiker*innen legen damit die finanzielle Basis für alle laufenden Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand in den nächsten zwei Jahren.

Nach über zehn Jahren „Sparen bis es quietscht“ hat Berlin das finanzielle Tal der Tränen hinter sich gelassen. Steuereinnahmen, Wirtschaft und Beschäftigung entwickeln sich besser als im Bundesdurchschnitt. In die Stadt und ihre Infrastruktur wird endlich wieder investiert, auch wenn manches dabei nur langsam vorangeht. Rotrot-grün will auch in den nächsten zwei Jahren die Ausgaben deutlich steigern: für bezahlbaren Wohnraum, neue Kitas und Schulen sowie einen besseren Nahverkehr, für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und eine solidarische Grundversorgung für alle Berliner*innen. Dafür wollen wir die vorhandenen finanziellen Spielräume nutzen und gleichzeitig Vorsorge treffen. Denn ab 2020 gilt nicht nur die grundgesetzliche Schuldenbremse, sondern es wird auch eine konjunkturelle Flaute vorausgesagt.

INVESTIEREN, KONSOLIDIEREN – UND ÖKOLOGISIEREN

Dem bisherigen Zweiklang aus „Investieren und konsolidieren“ wollen wir Grüne ein drittes Leitmotiv hinzufügen: ökologisieren. Denn in Zeiten der Klimakrise muss die Verkehrs-, Energie- und Ernährungswende noch schneller und konsequenter vorankommen. Ein sozialer und gerechter Klimaschutz braucht öffentliche Investitionen und kostet Geld – gerade auch weil die langfristigen Kosten der Klimakrise um ein Vielfaches höher sind. Und Klimaschutz beginnt für uns Grüne vor Ort: mit einer besseren Pflege von Straßenbäumen und Stadtnatur, sauberen Parks und Gewässern. Wir wollen die Solaranlage auf dem Dach, das Blockheizkraftwerk im Keller und mehr Gebäudeeffizienz. Und wir wollen nicht nur ambitionierte CO₂-Einsparziele, sondern auch durch ein regelmäßiges Berichtswesen überprüfen können, wie wir diese erreichen. Mitte Dezember werden wir wissen, ob der Berliner Haushalt all das leisten kann. Wir Grüne werden dafür kämpfen.



*Daniel Wesener
MdA, Sprecher
für Kultur,
Sprecher für
Haushalt und
Finanzen*

NEUES AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Meine Wahl zur Sprecherin für Europapolitik



Foto: Markus Spiske

Seit September habe ich eine neue Aufgabe in der Fraktion: Ich bin nun auch noch Sprecherin für Europapolitik. Ich freue mich über die neue Aufgabe. Mit der europäischen Einigung ist eine große historische Errungenschaft gelungen. Die gilt es zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Seit vielen Jahren befasse ich mich mit der Situation von EU-Bürger*innen in Berlin: Mit der Freizügigkeit sind leider viele Probleme im Hinblick auf Kranken- und Sozialversicherungen, Anerkennung von Abschlüssen, Arbeitsmarktintegration etc. nicht gelöst. Für Menschen der Roma-Minderheit bedeutet Freizügigkeit häufig Arbeitsausbeutung – vor allem auf Berliner Baustellen. Sie fliehen vor Diskriminierung und erfahren sie auch hier wieder.

Nicht wenige gut qualifizierte EU-Bürger*innen arbeiten unterhalb ihrer Qualifikationen häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Prekäre Arbeit stellt wiederum eine erhebliche Hürde bei der Wohnungssuche und der Beibehaltung eines Mietverhält-

nisses dar. Im Rahmen der Strategiekonferenz Obdachlosigkeit habe ich an der Arbeitsgruppe zur Situation der EU-Ausländer*innen teilgenommen. Gleichzeitig können wir in Berlin ein Wachstum an von EU-Bürger*innen ins Leben gerufenen, lokal und transnational agierenden Initiativen und Organisationen verzeichnen. Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement finden in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, und diese neuen Berliner Akteur*innen sind wichtige Ansprech- und Kooperationspartner*innen für Politik und Verwaltung. Es gibt also viele Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten, meine Themen Partizipation und Beteiligung in diesem neuen Kontext nach vorne zu stellen.



*Susanna Kahlefeld
MdA,
Sprecherin für
Partizipation
und Beteiligung,
Sprecherin für
Europapolitik*

WARUM GRÜN?

Neue und altbekannte Igelz erzählen, warum sie sich bei den Grünen Neukölln engagieren

Rahul, 45

Warum Grün? „Mich treibt schon seit bald 30 Jahren – privat wie beruflich – die Frage um, wie man politische und gesellschaftliche Veränderungen mitgestalten kann. Bei den Grünen in ihrer aktuellen Aufstellung sehe ich Chancen, zur Entwicklung der Partei und zur Veränderung der Gesellschaft beizutragen – vor allem in den Themenfeldern Energie und Klima sowie Vielfalt, Repräsentanz und Teilhabe. Ich will mich dazu im Rahmen des Grundsatzpro-

gramm-Prozesses, in den AGen und im Kreisverband engagieren. Übrigens habe ich mir mehrere Grüne Kreisverbände angeschaut und Neukölln war mir definitiv am sympathischsten!“

Dabei seit? Anfang des Jahres als Aktiver

Lieblingsmoment in Neukölln: Auf dem „Neuköllner Südhang“ im eigenen Kleingarten zu keltern.



NIEMAND SOLL ERFRIEREN

Mithelfen, damit alle gut durch den Winter kommen

Für viele Menschen in unserer Stadt und unserem Bezirk stellen die eiskalten Wintermonate eine große Bedrohung dar. Nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände leben in Berlin etwa 4.000 bis 10.000 Menschen auf der Straße. Hinzu kommen etwa 30.000 weitere Personen, die wohnungslos sind, aber zumindest immer mal wieder bei Freund*innen oder Familie unterkommen.

Für uns Grüne Neukölln steht fest: Würdevoller Wohnraum ist ein Menschenrecht. Gemeinsam mit unserem Stadtrat Jochen Biedermann und unserer Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung kämpfen wir gegen den Mietenwahnsinn, für bezahlbaren Wohnraum für alle und dafür, dass Menschen ihre Wohnungen – beispielsweise aufgrund von Mietschulden – gar nicht erst verlieren.

Und auch in der Landespolitik setzen wir uns für eine sozialere

Wohnpolitik ein. Die rot-rot-grüne Regierung hat unter Beteiligung von Expert*innen und Betroffenen ambitionierte neue Wohnungslosensleitlinien erarbeitet. Für uns ist es wichtig, dass besonders die Bedarfe von benachteiligten Personengruppen – Frauen, LGBTIQ, People of Color, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, ohne deutschen Pass oder Geflüchtete – Berücksichtigung finden.

MEHR WARMER SCHLAFPLÄTZE

Klar ist aber auch, dass Prävention und mehr bezahlbarer Wohnraum nicht von heute auf morgen erreicht werden. Daher braucht es auch kurzfristige Lösungswege, mehr warme Schlafplätze und Notfallmaßnahmen für Menschen ohne Obdach.

In den kommenden Monaten bieten sich uns allen zahlreiche Möglichkeiten, um konkret zu unterstützen: Mit ein paar Stunden Zeit kann

Wärmebus des Berliner DRK:
1.11.–28.03., täglich 18–24 Uhr, 0170-9100042

Kältebus der Berliner Stadtmission: 1.11.–30.04.,
täglich 21–00:30 Uhr, erreichbar unter 0178-5235838

Schlafplatzzorga: www.sleepingplaceberlin.wordpress.com

Übersicht Angebote Berliner Kältehilfe:
www.kaeltehilfe-berlin.de/angebote

man in den Noteinrichtungen der Kältehilfe mitanpacken, Sachspenden vorbeibringen oder die eigene Couch mittels „Schlafplatzzorga“ für ein paar Nächte zur Verfügung stellen. Wenn wir Menschen begegnen, die auf der Straße leben, können wir sie höflich fragen, ob sie was brauchen – und wenn ja, was. Außerdem gibt es den ganzen Winter über die Möglichkeit, die Kälte- und Wärmebusse in Berlin anzurufen. Lasst uns solidarisch miteinander sein, damit alle gut durch den Winter kommen!



Anna Hoppenau und Philmon Ghirmai, Vorstandssprecher*innen des KV Neukölln

KOHLEAUSSTIEG BIS 2030

Berlin als Vorbild: Wir zeigen dem Bund, wie es geht

Im September stellte Regine Günther, grüne Senatorin für Klimaschutz, mit einer Machbarkeitsstudie den zentralen Baustein des Berliner Kohleausstiegs vor. Darin wird skizziert, wie der von uns gesetzlich festgeschriebene Kohleausstieg bis spätestens 2030 umgesetzt werden kann. Damit zeigen wir dem Bund, wie es geht!

Schon mit dem Antritt der rot-rot-grünen Regierung vor drei Jahren wurde der Kohleausstieg in Berlin eingeleitet. 2017 wurde das Braunkohlekraftwerk Klingenberg in Lichtenberg abgeschaltet. Seither sind noch drei Steinkohlekraftwerke am Netz. Die besondere Herausforderung in Berlin: Die Kraftwerke versorgen viele Haushalte nicht nur mit Strom, sondern auch mit Wärme. Aber sie verursachen rund 3 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr – das sind 17 Prozent der Berliner Gesamtemissionen! Für Kohlestrom gibt es bereits eine Vielzahl von Alternativen, nicht so bei Fernwärme.

Welche Bausteine sorgen also dafür, dass Wärme weiterhin zuverlässig und bezahlbar zur Verfügung steht?

ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Erneuerbare Energien und Abwärmenutzung könnten ca. 40 Prozent der Wärmeleistung ersetzen, der Rest würde durch ein hybrides Gaskraftwerk bereitgestellt. Das ist ein sehr ernüchterndes Ergebnis. Wir hatten gehofft, die fossile Brücke Erdgas nicht zu benötigen. Doch wir Grüne werden mit weiteren Maßnahmen dafür sorgen, dass dort so wenig fossiles Gas wie möglich verbrannt wird: Das Gaskraftwerk wird eine sogenannte „Power to Heat“-Anlage bekommen. Immer wenn es erneuerbaren Überschussstrom gibt, wird dieser in Wärme umgewandelt und gespeichert. Damit diese Strategie aufgeht, brauchen wir aber mehr Erneuerbare Energien. Durch die Einführung von CO₂-Grenzwerten im Fernwärme-

netz wollen wir Grüne dafür sorgen, dass Vattenfall gezwungen wird, sich selbst nach sauberen Alternativen umzuschauen; dies könnte z.B. synthetisches Gas aus Windstrom sein. Aktuell kämpfen wir zudem für eine Solarpflicht. Diese würde neben Photovoltaik auch den Ausbau von Solarthermie erhöhen. Dadurch entsteht mehr nachhaltige und dezentrale Wärme. Damit diese auch ins Fernwärmenetz einspeisen darf, wird die Vorlauftemperatur nun abgesenkt.

DER KLIMABONUS HILFT

Natürlich muss auch die Quote der energetischen Sanierung in Berlin erhöht werden, denn die beste Energie ist die, die eingespart wird. Dazu braucht es aber eine mutigere (und sozialere) Bundesregierung. In Berlin gehen wir eigene mutige Schritte: Damit Sanierungen überall vorangehen, haben wir gerade das „Klimabonus“-Programm beschlossen. Dieser Zuschuss ermöglicht auch trans-

fergeldbeziehenden Haushalten, in energetisch saniertem Wohnraum wohnen zu können.

Die Klimakrise verlangt ein entschlossenes Handeln auf allen Ebenen und in allen Politikfeldern. In Berlin leisten wir unseren Beitrag.

Mehr Informationen zum Berliner Kohleausstieg gibt es unter
www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/kohleausstieg/



Georg Kössler MdB, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Eine-Welt-Politik und Clubkultur

NEUKÖLLN MITGESTALTEN

Mehr Beteiligung macht Planungen besser und stärkt Demokratie

Beteiligung stärkt Demokratie. Sie ermöglicht allen Einwohner*innen die Mitgestaltung an Vorhaben ihrer Kommune zwischen und unabhängig von Wahlen. Anders als Volksentscheide, die eine direkte Abstimmung über einzelne Fragen bedeuten, ermöglichen Beteiligungsprozesse das Aushandeln unterschiedlicher Interessen und Vorstellungen in der Gestaltung von einzelnen Vorhaben in der Nachbarschaft. Alle drei Elemente machen zusammen eine starke, vielfältige Demokratie aus.

LEITLINIEN FÜR BETEILIGUNG

Auf der Landesebene ist gerade ein großes Projekt der Koalition abgeschlossen worden: Berlin hat seit August „Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung in der stadträumlichen Planung“. Diese Leitlinien sollen nicht nur dafür sorgen, dass es mehr Beteiligung gibt, sondern dass die Verfahren effektiver, transparenter und partizipativer werden: mehr Informationen und bessere Dokumentation, klare Zieldefinitionen und Verbindlichkeiten, Hilfen für die zuständigen Behörden und Verwaltungen in Verfahrensfragen. Auch die Bezirke tragen dazu bei, dass die Struktur funktioniert, in-

dem sie geplante Projekte und Beteiligungsmöglichkeiten transparent kommunizieren und bezirkliche Anlaufstellen für interessierte Bürger*innen einrichten.

VERANSTALTUNGSREIHE „VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE“

Zu diesem Thema fand am 22. August das erste Gespräch meiner Veranstaltungsreihe „Vielfältige Demokratie – Mitgestalten und Beteiligung in Berlin“ statt, die ich gemeinsam mit meinem Kollegen Stefan Taschner initiiert habe. Unter dem Titel „Neukölln mitgestalten!“ ging es um die Verbesserung von Beteiligung im Bezirk. Beim Gespräch waren Milena Oschmann aus der Bezirksverordnetenversammlung, die für die Grünen einen Antrag für die Entwicklung von bezirklichen Leitlinien vertritt, eine Vertreterin des Bezirksamtes Pankow, die über vorbildliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen berichtete, Tom Küstner, ein Kenner der Probleme und Konflikte im Bezirk, und Nils Napierala, der an der Hertie School of Governance zum Thema Bürger*innenbeteiligung forscht, anwesend. In Berlin wird Bürger*innenbeteiligung viel zu oft als Last und Grund für Verzögerung angesehen.



Diskussionsabend „Neukölln mitgestalten“ im Rahmen der Fachgesprächsreihe „Vielfältige Demokratie“, Foto: Anne Geib de Gruttadauria

hen. Die Erfahrung zeigt aber, dass ein gut strukturiertes Beteiligungsverfahren lokales Wissen effizient abrufen sowie potenzielle Konflikte frühzeitig identifiziert und löst. Am Ende könnten Ergebnisse umgesetzt werden, mit denen sich die Bürger*innen identifizieren können.

EIN GELUNGENES BETEILIGUNGSVERFAHREN

Drei Elemente sind dafür besonders wichtig: In der Vorhabenliste können künftig alle Berliner*innen sehen, was in ihrer Nachbarschaft in Planung ist und wann und wie sie sich beteiligen können. Jedes Be-

teiligungsverfahren muss zukünftig klar formulierte Ziele haben: Was kann mitgestaltet werden? Was steht fest? Und schließlich sollen für wichtige Vorhaben Beteiligungsverfahren gemeinsam mit den Bürger*innen entwickelt werden.

Alles drei hoffen wir bald auch in Neukölln zu bekommen – der Antrag ist eingebracht!



Susanna Kahlefeld, MdB, Sprecherin für Partizipation und Beteiligung, Sprecherin für Europapolitik

WARUM GRÜN?

Neue und altbekannte Igelz erzählen, warum sie sich bei den Grünen Neukölln engagieren

Bernd, 71

Warum Grün? „Ich bin damals zu den Grünen, weil ich dort Freiheit und Mitbestimmung abseits dogmatischer Scheuklappen erlebt habe. Warum ich immer noch dabei bin? Weil sich das im Prinzip nicht geändert hat – und weil ich nicht gehen kann!“

Dabei seit? 1980, zwischendurch als Stadtrat, heute als Fraktionsvorsitzender in der BVV Neukölln aktiv.

Lieblingssmoment in Neukölln: Im Körnerpark zu lesen, auch wenn leider oft die Zeit fehlt.



Meret, 18

Warum Grün? „Ich bin im Sommer 2017 zum ersten Treffen der Grünen Jugend Neukölln gegangen, weil ich schon lange das Bedürfnis hatte, mich außer bei Demos auch weiter politisch zu engagieren. Und ich hatte das Gefühl, in der Schule zu selten etwas über lokale Politik – ob in Neukölln oder Deutschland insgesamt – zu lernen. Grün war für mich die passende Kombination aus Umweltschutz, Feminismus, globaler Gerechtigkeit und Konsumfragen, vor allem in ihren Zusammenhängen und ihrer Interaktion. Das ist bis heute so und motiviert mich jede Woche wieder dazu, mitzumachen.“

Dabei seit? Sommer 2017

Lieblingssmoment in Neukölln: Am Weigandufer entlang zu spazieren und am Drei-Bezirks-Eck Eis zu essen.



EINE GELEBTE UTOPIE

Vier Jahre Refugio

Im Refugio Berlin, in der Lenaustraße im Reuterkiez, leben seit Sommer 2015 35 Menschen aus neun Nationen. Die Grundidee des Refugio ist gemeinsames Leben, Arbeiten und Teilen. So ist es möglich, dass auf sechs Etagen Kooperationspartner*innen, Initiativen, Künstler*innen und natürlich die Bewohnerinnen und Bewohner ein oft wildes, aber in der Regel sehr friedliches und menschliches Zusammensein praktizieren.

TABEA:

„Für mich ist es so bereichernd im Refugio zu leben, weil die Leute einen Fluchthintergrund haben und du dadurch noch mal auf den Boden der Tatsachen zurückgerissen wirst.

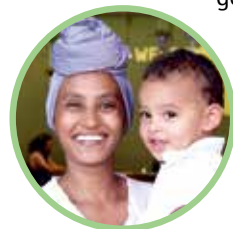
Du siehst, dass die Menschen eine krasse Geschichte haben und ich darf gerade mit diesen Menschen zusammen leben und das teilen. Da ist Kultur sogar zweitrangig, denn in Berlin gibt es



zwar viel Kultur, aber Kultur mit so einer Fluchtgeschichte ist noch mal ein ganz anderes Pflaster meiner Meinung nach. Auch nach drei Jahren ist es noch immer so, dass es eine spannende Erfahrung ist, die man hier erleben kann.“

YASMIN, URSPRÜNGLICH AUS ERITREA:

„Früher in meinem Land Eritrea war es schwierig, Menschen aus anderen Kulturen kennenzulernen. Hier im Refugio habe ich viel Kontakt zu anderen Leuten. Manche denken anders, manche sprechen Dialekt und es ist etwas schwierig für mich, sie zu verstehen, aber ich



gewöhne mich langsam daran. Die Leute hier sind direkt und das gefällt mir. Mein Sohn ist im Refugio geboren. Ich finde es schwer mit Kind, aber viele haben mir und uns geholfen. Die Leute hier sind alle sehr cool und ich freue mich, hier zu wohnen.“

LENA:

„Ich finde, dass das Refugio ein wunderschöner Ort ist, um Begegnungen zu haben, Kultur zu teilen, voneinander zu lernen und gemeinsam zu wachsen. Ein Ort, wo man so sein kann, wie man ist.“



ABOHANNA, URSPRÜNGLICH AUS SYRIEN:

„Die letzten drei Jahre in Syrien war ich sehr alleine. Nun wohne ich hier im Refugio wie in einer großen Familie. Am Anfang kannte ich niemanden. Jetzt fühlt es sich an wie meine Heimat. Ich arbeite hier im Café, da habe ich auch viele Menschen kennengelernt. Die Arbeit hat mir geholfen, Deutsch zu lernen. Es ist sehr schön – eine gute Gemeinschaft.“



SHUKRIA, URSPRÜNGLICH AUS SOMALIA:

„In Somalia habe ich nicht mit so vielen Menschen gelebt. Hier gibt es sehr viele nette Leute und wenn du Probleme hast, kommen sie und helfen dir, auch beim Deutsch lernen. Ich liebe das Refugio.“



Öffnungszeiten Café:

Montag bis Freitag 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Samstag und Sonntag geschlossen.

Spendenkonto:

Verein für Berliner Stadtmission
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Berlin
Verwendungszweck: REFUGIO
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE63 1002 0500 0003 1555 00

Fotos: Valentina Repetto, Kathleen Gust

Joscha, 31

Warum Grün? „Ich bin zu den Grünen, weil ich mich unbedingt wieder mehr engagieren will. Ich bin an einen Punkt gekommen, an dem es mir nicht mehr reicht, nur über Politik zu sprechen oder alle paar Jahre zu Wahlen zu gehen. Ich will mehr tun.“

Dabei seit? Einem Monat als Aktiver und AG-Hopper; an einem Herbstwochenende will sich Joscha den Mitgliedsantrag vornehmen.

Lieblingsmoment in Neukölln: Auf dem Tempelhofer Feld – mit dem Rad oder joggend.



Jutta, 28

Warum Grün? „Ein grünes Neukölln bedeutet für mich ein bezahlbares Zuhause trotz wachsendem Szeneviertel, ein Miteinander von mehreren Generationen mit und ohne Migrationsgeschichte und aufblühende Kieze mit wenig Autos. Als eingefleischte Feministin und fleischloses Schleckermaul, als Kulturliebhaberin und Neu-Neuköllnerin freue ich mich analog und digital unterwegs zu sein für ein grünes Neukölln.“

Dabei seit? Diesem Sommer für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und als grünes Mitglied.

Lieblingsmoment in Neukölln: Aktuell zwischen den Umzugskartons zu sitzen und aus dem Fenster der ersten eigenen Wohnung in Neukölln zu schauen.



GRÜNES URGESTEIN GEHT

Gabi Vonnekold verlässt die BVV-Fraktion



Gabi Vonnekold, Foto: Raphael Schanz

Seit fast vierzig Jahren steht Gabriele Vonnekold für grüne Politik in Berlin und Neukölln: erst als Gründungsmitglied der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, dann in ihrer Arbeit als Jugendstadträtin oder als Fraktionsvorsitzende

in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Aus gesundheitlichen Gründen muss sich Gabi, wie sie von ihren Freund*innen auch über Parteigrenzen hinweg genannt wird, nun vom Fraktionsvorsitz und aus der Fraktion zurückziehen.

UNERMÜDLICHER EINSATZ FÜR NEUKÖLLN

Sie gilt im politischen Berlin als streitbar, ist aber auch allseits beliebt und steht unermüdlich für ihre Themen ein. Welchen Stellenwert sie in den letzten Jahrzehnten in Neukölln hatte, betont Philmon Ghirmai, Vorstandssprecher der Grünen im Bezirk: „Unser Kreisverband hat Gabi Vonnekold vieles zu verdanken. Wie kaum eine andere Person hat sie in der Vergangenheit

die kommunalpolitische Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln geprägt – sei es im Kreisverband, im Bezirksamt oder zuletzt in der BVV-Fraktion. Wir wünschen ihr alles Gute und hoffen, sie bald wieder als aktive Mitstreiterin in unseren Reihen zu haben.“

JUGENDPOLITIK GEPRÄGT

Bernd Szczepanski, der gemeinsam mit Gabi Vorsitzender der Grünen BVV-Fraktion war, ergänzt: „Gabi genießt Respekt und Anerkennung unterschiedlichster Akteur*innen aus allen politischen Bereichen. In ihrer Zeit als Jugendstadträtin hat sie wesentliche Entwicklungen der Jugendpolitik im Bezirk eingeleitet, die noch heute wirken. Ich wünsche ihr, dass sich ihre Gesundheit wieder

stabilisiert und Fraktion und Partei weiterhin auf ihren Rat zählen können.“

Gabi Vonnekold hat bereits angekündigt, die Partei und die BVV-Fraktion mit ihrer langjährigen Erfahrung auch weiterhin zu unterstützen. Nachfolgen wird ihr in der BVV-Fraktion André Schulze.



Milena Oschmann, Mitglied der Grünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

DREI FRAGEN AN ... NADIA MASSI, GESCHÄFTSFÜHRERIN BIOASE44



Nadia Massi mit Co-Geschäftsführerin Elke Dornbach

IHR WART MIT EUREM BIOLADEN PIONIERE AUF DER KARL-MARX-STRASSE. WIE WAR DAS DAMALS?

Die Karl-Marx-Straße war und ist eine vielfältige, aber auch anstrengende Straße. Bio-Lebensmittel gab es hier vor sieben Jahren noch nicht. Wir wollten mitten in diesem Trubel einen Ort für gute Lebensmittel schaffen, an dem man verweilen kann. Kleiner Laden, Café, Kieztreffpunkt. Eine Bioase eben.

WAS HAT SICH SEITHER VERÄNDERT?

Fast vier Jahre wurde der Streckenabschnitt der Karl-Marx-Straße umgebaut, in dem sich unser Laden befindet. Das war eine harte Zeit. Zudem haben sich Anwohner*in-

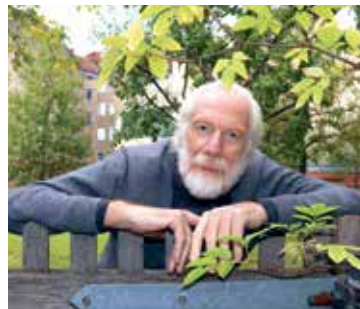
nenschaft und Gewerbe gewandelt. Nach und nach kamen immer mehr Bio-Supermärkte in die Gegend. Im Sommer 2019 eröffnete dann direkt nebenan die größte Filiale der Bio Company in Berlin. Seither sind die Umsätze stark zurückgegangen. Wir stehen nun in direkter Konkurrenz zu einer großen Kette, die einen harten Preiskampf führt.

WAS WÜNSCHT IHR EUCH?

Eine ernsthafte Debatte darüber, wohin sich die Naturkost-Branche entwickeln soll. Wollen wir die gleiche Marktkonzentration, den gleichen Fokus auf Wachstum und Profit wie im konventionellen Bereich? Wir haben deshalb einen offenen Brief an die Bio-Branche geschrieben. Wir wünschen uns mehr Transparenz und Ehrlichkeit darüber, wie die Expansion der großen Bio-Supermarktketten z.B. durch Herstellerrabatte, Marketingunterstützung der Verbände oder Kredite von Öko-Banken gefördert wird. Die Kleinen bekommen das kaum. Wir finden, die Bio-Idee lebt von einer Vielfalt im Fachhandel mit kleinen Läden und unterschiedlichen Konzepten, unabhängigen Produzent*innen und kleinbäuerlichen Strukturen. Ein Gebietsschutz für kleine Bio-Läden könnte hilfreich sein.

LOCAL HEROES

HENNING VIERCK – DER MENSCHENFREUND



Mitten im wilden Neukölln wächst und gedeiht ein einzigartiges Biotop und eine ganz eigene Welt: der Comenius-Garten. Ohne Henning Vierck würde es ihn nicht gegeben.

Umgeben von etwa 30 Rosensorten, unzähligen Beerenarten, Obstbäumen, Wild- und Heilkräutern, ja sogar zwischen Gemüsepflanzen wird im Garten am Richardplatz dank Vierck seit gut einem Vierteljahrhundert gespielt, entdeckt und geforscht. Ganz im Sinne des böhmischen Pädagogen Johann Amos Comenius, der schon im 17. Jahrhundert erkannt hat, dass der Mensch durch „Selbstsehen, Selbstsprechen, Selbsthandeln und Selbstanwenden lernen sollte“.

Für die häufig migrantischen Familien und die Tausenden von Kindern und Jugendlichen im Kiez ist der Garten zu einem Ort geworden, an dem jeder und jede die eigenen Talente entdecken und entwickeln kann. Im Zusammenspiel von Mensch und Natur ist hier der Wert von Moral und Vernunft erlebbar. Henning Viercks Konzept hat viel für das friedfertige Miteinander in Neukölln erreicht. Die Erfahrung im Comenius-Garten hat so manchem Heranwachsenden den Weg in ein selbstbestimmtes und gutes Leben erleichtert.

Inzwischen verändert sich der Kiez. Das schafft neue Probleme, weiß Vierck zu berichten: „In der migrantischen Kultur, vorwiegend der muslimischen, ist es ‚haram‘, also verboten, ohne Erlaubnis Früchte vom Baum zu pflücken. Einige der neu Hinzugezogenen klauen dagegen die Früchte“. Darunter litt in den letzten Jahren vor allem die Quittenernte. Es gibt also noch viel zu tun für den Menschenfreund vom Richardplatz.

DER RIXDORFER WEIHNACHTSMARKT



Reklame hat der Rixdorfer Weihnachtsmarkt nicht nötig, aber wir wollen ihn hier dennoch als Alternative zu den vielen glühweinseligen Pendants in der Stadt

würdigen, bei denen das Klingeln der Kassen im Mittelpunkt steht. Nicht so in Neukölln. Das Bezirksamt, das den Markt Jahr für Jahr veranstaltet, stellt via Webseite

klar: „Beim Alt-Rixdorfer Weihnachtsmarkt können ausschließlich Gruppierungen teilnehmen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen.“ Punkt!

So wird auch in diesem Jahr wieder eine bunte Schar karitativer Initiativen auf dem Richardplatz stehen und dort Kunsthandwerk, Gebasteltes und selbst Zubereitetes anbieten. Vieles stammt aus hiesigen Werkstätten und Küchen, anderes aus Kooperativen und Projekten auf allen Kontinenten. Auch kulinarisch ist der Markt eine Weltreise: Neben dem Bratwurststand werden Spezialitäten aus aller Welt gekocht. Satt werden hier alle, ob mit Fleisch, ohne Fleisch oder vegan.

Nicht satt werden Besucher*innen aber vom friedlichen Mitei-

nander der vielen tausend Menschen aus verschiedenen Kulturen und Religionen. An kaum einem Ort ist so deutlich spürbar, wie sehr die Vielfalt der Kulturen unser Zusammenleben bereichern kann wie auf dem Rixdorfer Weihnachtsmarkt. Geht also hin und genießt die Welt in Neukölln! RSP



Fotos: BV Neukölln

TERMINE

TERMINE

Mi, 6.11., 19.00 Uhr
AG Öffentlichkeitsarbeit
Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

Do, 7.11., 19.00 Uhr
AG Stadtentwicklung
Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

Di, 12.11., 18.00 Uhr
Neukölln für Alle: Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Informationsabend für Betroffene von Diskriminierung in Neukölln, Veranstaltungsreihe der Grünen Neukölln, Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

Mi, 13.11., 19.00 Uhr
Grüne Jugend Neukölln,
Tour durchs SchwuZ,
Rollbergstraße 6

Mi, 20.11., 18.00 Uhr
Neukölln für Alle: Diskriminierung in der Schule, Informationsabend für Betroffene von Diskriminierung in Neukölln, Veranstaltungsreihe der Grünen Neukölln, Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

Do, 21.11., 17.00 Uhr
Fachgespräch Klimavorbehalt
Grün im Kiez-Büro,
Braunschweiger Straße 71

Di, 26.11., 19.00 Uhr
Bezirksgruppe: Vorbereitung auf den Landesparteitag
Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

Mi, 27.11., 17.00 Uhr
Bezirksverordnetenversammlung Neukölln
Rathaus Neukölln, BVV-Saal,
Karl-Marx-Straße 83

Di, 10.12., 19.00 Uhr
Jahresendfeier
Braustube im Berlin Global Village, Am Sudhaus 2

Sa, 11.1., 11.00 Uhr
Mitgliederversammlung der Grünen Neukölln
Geschäftsstelle,
Berthelsdorfer Straße 9

IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Ralf Schmidt-Pleschka

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Andreas Audretsch, Jochen Biedermann, Philmon Ghirmai, Regine Günther, Kathleen Gust, Christian Hoffmann, Anna Hoppenau, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Georg Kössler, Arndt Leiningner, Kara Mikus, Lisa Müller, Viola Muster, Milena Oschmann, Ralf Schmidt-Pleschka, André Schulze, Christine Spannagel, Michael Sydow, Bernd Szczepanski, Daniel Wesener, Andrea Zerwes

Gestaltung & Layout:
Ulrike Cymek

Druck:
Eversfrank – Druck, Medien,
Umwelt

Auflage: 20.000

Vorstandssprecher*innen:
Philmon Ghirmai, Anna Hoppenau

Internet:
www.gruene-neukoelln.de

Mail:
stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit Namen gekennzeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

WIR BRAUCHEN BEZIRKE WIE NEUKÖLLN

Regine Günther zum Stand der Verkehrswende



Foto: Ralf Schmidt-Pleschka

Wir haben uns viel vorgenommen. Wir wollen eine vollkommen neue Mobilität in Berlin etablieren, wir wollen die Stadt neu denken. Ziel ist es, dass die Mobilität von morgen klima-, umwelt- und gesundheitsfreundlich ist. Lärm, Schmutz und klimaschädliche Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energieträ-

ger sollen der Vergangenheit angehören. Aber auch Verkehrstote oder Schwerverletzte soll es möglichst nicht mehr geben.

AUF DIE BEZIRKE KOMMT ES AN

Um dies zu erreichen, ist ein langer Atem notwendig. Die Grundlage hierfür wurde mit dem neuen

Mobilitätsgesetz gelegt. Ein großer Schritt, auf den nun die Umsetzung folgt. Eine Erfolgsvoraussetzung ist die enge Kooperation von Senat und Bezirken. Das wird häufig unterschätzt. Aber nur gemeinsam können wir bessere Bedingungen für Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen und ÖPNV-Nutzer*innen schaffen. Nur gemeinsam können wir Erfolge beim Aufbau einer nachhaltigen Mobilität erzielen.

Neukölln hat bereits Bemerkenswertes geleistet. Ich freue mich sehr darüber und werde dieses Engagement weiter nach Kräften unterstützen.

IN NEUKÖLLN GEHT'S VORAN

So konnte der Bezirk die beiden vom Senat finanzierten Stellen für Radverkehrsplaner*innen besetzen – und so die Grundlage für eine neue Fahrradpolitik legen. Es gibt erste Erfolge wie die Protected Bike Lane in der Karl-Marx-Straße, die Verkehrsberuhigung im Richardkiez, die vielen neuen Fahrradbügel. Die Fahrradstraße in der Weserstraße steht vor der Umsetzung, es gibt

Pläne für geschützte Radwege in der Hermannstraße.

Die gute Zusammenarbeit zwischen der Senatsverwaltung und dem Bezirk Neukölln spiegelt sich auch bei der Umsetzungsstudie für den autofreien Reuterkiez wieder. Wir wollen Areale schaffen, in denen der Autoverkehr keine oder eine deutlich geringere Rolle als bisher spielt.

MEHR LEBENSQUALITÄT

Solche Leuchtturmprojekte zeigen, wie grüne Verkehrspolitik zu mehr Lebensqualität für alle führt. Für ihre Umsetzung brauchen wir Bezirke wie Neukölln. Lasst uns diese gemeinsamen Anstrengungen ausbauen, auch weit über den Radverkehr hinaus – für ein lebenswertes Neukölln in einem lebenswerten Berlin. Ich freue mich darauf.



Regine Günther,
Senatorin für Umwelt,
Verkehr und Klimaschutz

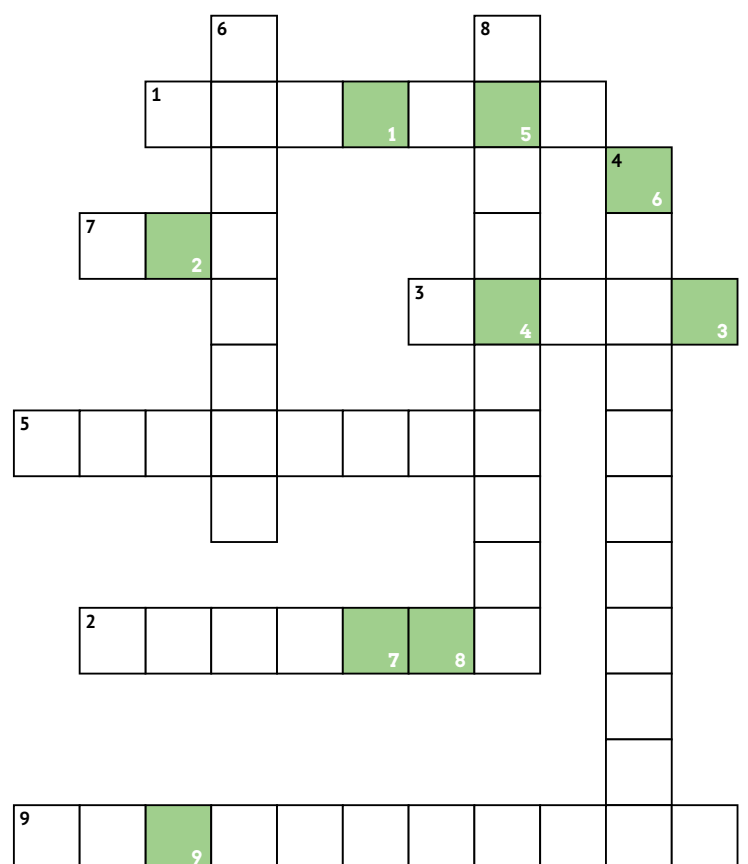
Foto: Roland Horn

RÄTSELN MIT DER GRÜNEN JUGEND

Liebe Rätsler*innen, das Lösungswort ergibt das Halbjahresthema der Grünen Jugend Neukölln. Über dieses und viele weitere Themen sprechen wir immer mittwochs um 19:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Grünen Neukölln – kommt gerne vorbei!

1. Teil Neuköllns
2. Wahlspruch GJ Neukölln Europawahl 2019 bestehend aus 3 Wörtern, 1. Wort
3. Die BVG in Berlin
4. Wahlspruch GJ Neukölln Europawahl 2019 bestehend aus 3 Wörtern, 3. Wort
5. Sie*er, darf bei uns jeder*r selbst bestimmen
6. Gehört nicht auf Straßenschilder
7. Wenn die Geschlechtsidentität dem Geschlecht entspricht, das bei der Geburt zugewiesen wurde
8. Wahlspruch GJ Neukölln Europawahl 2019 bestehend aus 3 Wörtern, 2. Wort
9. Ort des türkischen Marktes

Lösungswort:



1. Rixdorf, 2. Egalität, 3. ÖPNV, 4. Sonnenallee, 5. Pronomen, 6. Wissmann, 7. Cis, 8. Fraternité, 9. Maybachufer